

Aktuelle Post aus dem Kreistag (21)



11. April 2019

Liebe Freundinnen und Freunde!
Liebe Genossinnen und Genossen!

Die Kreistagssitzung fand am 10. April 2019 statt. Die Punkte auf der Tagesordnung sind nicht die spannendste Lektüre. Doch im Vorfeld der Kreistagssitzung geschahen einige bemerkenswerte Dinge: So wurde im Sozialausschuss eine Recherche zur Einführung einer Sozialchipkarte für den Wetteraukreis vorgestellt. Diese Sozialchipkarte hatten wir im Juli 2018 beantragt. Damals traf das auf wenig Gegenliebe. Heute wird sich wenigstens damit beschäftigt. Uns siehe da: So teuer wäre eine Sozialchipkarte gar nicht. Sie würde drei Millionen Euro jährlich Kosten.

Auch wurden unsere Anfragen vom Februar 2019 endlich beantwortet: zur geplanten Privatklinik beim Gesundheitszentrum Wetterau - „GZW Plus GmbH“, zu „Hartz4 an der Supermarktkasse“ und zum Stand der Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) in der Wetterau. Besonders die Antworten zum GZW enthalten einigen Sprengstoff.

Das sind die Themen der heutigen Ausgabe:

1. Antrag DIE LINKE / Piraten: Beitritt zum Internationalen Appell der Städte und Gemeinden gegen Atomwaffen.
2. Antrag DIE LINKE / Piraten: „Erstausstattung der Wohnung bei Hartz4“
3. Drei Anfragen der Linken (GZW, Hartz4 an der Supermarktkasse, BTHG)
4. Antrag Kreisausschuss: Aufstockung der Gesellchafterumlage beim Regionalpark Rhein-Main
5. Antrag der FDP und Änderungsantrag SPD/CDU: Masterplan Mobilitätsgarantie
6. Antrag der Grünen: Fridays for Future
7. Antrag AfD: Freiwilliges soziales Schuljahr
8. Antrag der NPD: Verlinkung der Partei-Netzseiten mit der Seite des Wetteraukreises

RÜCKLICHT



Imagine Peace Day in Friedberg

Am 6. April 2019 veranstaltete ein breites Bündnis einen Aktionstag für den Frieden. Der Verein „Linke Hartz4-Hilfe Wetterau“ beteiligte sich daran mit einem Informationsstand. Am Stand wurden zahlreiche Unterschriften unter den Appell „abrüsten statt aufrüsten“ gesammelt. Am Nachmittag fand im Roten Laden eine Veranstaltung mit dem Organisator der Ostermärsche Willi van Ooyen statt.



Internationaler Frauentag

Der Chor der Linken Wetterau brachte Stimmung in die Veranstaltung des kurdischen Vereins PirDer zum internationalen Frauentag.

Wer beim Chor mitsingen will: Chorprobe ist sonntags von 13 bis 15 Uhr.

Fridays for Future

Der weltweite Klima-Streiktag am 15. März 2019 brachte in Friedberg 400 junge Menschen auf die Straße. Die Linksjugend Wetterau stellte die Frage: „Was wollt ihr retten? Kapitalismus oder Klima?“ Hitzige Diskussionen gab es im Roten Laden auf einer Veranstaltung des Rosa-Luxemburg Clubs zum Kohleausstieg mit den Betriebsräten des Kraftwerks Staudinger.



Antrag DIE LINKE. / Piraten: Beitritt zum internationalen Appell der Städte und Gemeinden gegen Atomwaffen

Die Organisation **ICAN** - International campaign to abolish nuclear weapons (die für ihr Engagement 2017 den Friedensnobelpreis erhalten hat), spricht mit einem Appell alle Kommunen an, sich gegen Atomwaffen einzusetzen.

Die Kündigung des INF-Vertrags durch US-Präsident Trump erhöht wieder die Kriegsgefahr in Europa. Wenn atomare Mittelstreckenraketen in Deutschland oder Polen in Stellung gebracht werden, ist bei einem Schlagabtausch mit hohen Opferzahlen und einer verheerenden Zerstörung der Infrastruktur zu rechnen.

Der Appell von ICAN will Kommunen dazu bewegen Druck aufzubauen. Ein neues Wettrüsten gefährdet nicht nur ihre Bewohnerinnen und Bewohner. Es kostet auch viel Geld, das dann für Investitionen und kommunale Aufgaben fehlt.

Hier ist unser Antrag mit vollständiger Begründung zu lesen:

<https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/antr%C3%A4ge/1003-beitritt-des-wetteraukreises-zum-internationalen-appell-gegen-atomwaffen.html>

Erwartungsgemäß wurde der Antrag abgelehnt. Leider ist vielen Kreistagsabgeordneten der anderen Parteien der Zusammenhang unklar, dass Rüstungsausgaben den Kommunalfinanzen schaden.

Das ist unsere Rede dazu:

Herr Kreistagsvorsitzender, meine Damen und Herren,
wir beantragen heute, dass der Kreistag des Wetteraukreises dem Appell von ICAN beitrifft. Der Text liegt Ihnen mit unserem Antrag vor.

Zuerst mal: **Was ist ICAN?**

ICAN wurde 2007 in Wien während der Konferenz des Atomwaffensperrvertrags von der Gruppe „Internationale Ärzte zur Verhütung des Atomkrieges“ und anderen Organisationen ins Leben gerufen und in zwölf Ländern gestartet. 2011 hatte die Kampagne 200 Mitgliedsorganisationen in 60 Ländern, 2017 waren es 468 Organisationen in 101 Ländern. ICAN ist eine internationale Kampagne, die sich für die Abschaffung von Atomwaffen durch einen bindenden völkerrechtlichen Vertrag – eine Atomwaffenkonvention – einsetzt.

Am 6. Oktober 2017 erhielt ICAN den Friedensnobelpreis für „ihre Arbeit, Aufmerksamkeit auf die katastrophalen humanitären Konsequenzen von Atomwaffen zu lenken und für ihre bahnbrechenden Bemühungen, ein vertragliches Verbot solcher Waffen zu erreichen.“

Warum schlagen wir vor, diesen Appell zu unterstützen?

Derzeit melden sich Kommunen überall auf der Welt zu Wort, um auf das neue Wettrüsten aufmerksam zu machen. Diese Kommunen wollen auf ihre Verantwortung für den Schutz ihrer Bewohnerinnen und Bewohner aufmerksam machen. Denn durch die Aufkündigung des INF-Vertrages wird Mitteleuropa wieder zur Gefahrenzone. Im Konfliktfall kommen atomare Mittelstreckenraketen hier bei uns zum Einsatz. Diese Waffen sind so konzipiert, dass sie Menschen und Infrastruktur nachhaltig zerstören.

Aber nicht nur die Kriegsgefahr, die von der Hochrüstung und einem vielfachen Overkill ausgeht, ist für Kommunen wichtig. Es geht auch darum, dass ein neues Wettrüsten den

Kommunen schadet. Denn die gigantischen Summen, die dafür ausgegeben werden, entziehen das Geld für wichtige Aufgaben und Investitionen vor Ort.

Wenn es schon heute um die Finanzierung der Kommunen schlecht bestellt ist – bei einer Aufstockung des Rüstungsetats auf 75 Milliarden Euro – wie das derzeit von der Bundesregierung geplant ist - wird das keinesfalls besser!

Es geht um Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa! Deshalb: Appellieren Sie an die Bundesregierung, Atomwaffen zu verbieten! Mit der Spaltung der Gesellschaften in arm und reich oder mit dem Klimawandel und der Umweltverschmutzung hat die Menschheit wahrlich genug Probleme zu lösen!

Antrag DIE LINKE. / Piraten: Erstaussstattung der Wohnung bei Hartz4 und Sozialhilfe

Der Antrag wurde im Juli 2018 eingereicht. Immer noch liegt er im Ausschuss. Offensichtlich fällt es schwer, ihn abzulehnen.

Hier ist unser Antrag vom Juli 2018:

<https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/antr%C3%A4ge/919-erstaussstattung-der-wohnung-bei-hartz4.html>

Zur Erinnerung: Im Mai 2016 waren die Zuschüsse zur Erstaussattung von Wohnungen fast auf die Hälfte gekürzt worden – von zuvor 2060 Euro auf 1195 Euro. Und aus der Sprechstunde des Vereins „Linke Hartz4-Hilfe Wetterau“ wurde uns gemeldet, dass sogar dieser Betrag in der Praxis des Jobcenters oftmals deutlich unterschritten wird.

Zur Erklärung: Erstaussattungszuschüsse werden nur gewährt, wenn jemand wirklich noch nie eine eigene Wohnung hatte oder beispielsweise aus der Haft entlassen wurde. Es muss ein gesonderter Antrag gestellt werden.

Zu den Preisen auf der Liste des Jobcenters sind auch bei Billiganbietern keine Möbel zu finden.

Drei Anfragen DIE LINKE. / Piraten:

Privatklinik beim Gesundheitszentrum Wetterau

Wir berichteten in der letzten Post aus dem Kreistag, dass eine Privatklinik GZW Plus GmbH geplant ist. Die Anfrage wurde inzwischen beantwortet und kann hier nachgelesen werden:

<https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/anfragen/983-fragen-zur-privatklinik-gzw-plus.html>

Die Ausführungen des Landrats zur Privatklinik GZW Plus GmbH erscheinen nach einer ersten Prüfung an vielen Stellen nicht schlüssig. Wir werden uns hier fachliche Unterstützung holen und die Aussagen nachprüfen.

Hartz4 an der Supermarktkasse

Das Jobcenter Wetterau hat an einem Versuch teilgenommen, Hartz4 an der Supermarktkasse auszahlen zu lassen. Hier die Antworten auf unsere Anfrage:

<https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/anfragen/981-hartz4-an-der-supermarktkasse.html>

Während Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbands, die geplante Umstellung als „Stigmatisierung pur“ kritisierte, sah das Jobcenter Wetterau keinerlei Probleme. Scheider sagte: An der Kasse einen Bescheid mit einem Barcode vorzuzeigen, sei „ein denkbar indiskretes Verfahren“. „Wenn, dann muss absolute Diskretion gewährleistet sein, um jede Stigmatisierung auszuschließen. Uns ist noch nicht klar, wie das in der Praxis funktionieren soll.“

Auch die Vorsitzende der Linken, Katja Kipping, äußerte Kritik. „Skandalös ist, dass die Bundesagentur Betroffene unnötiger Stigmatisierung in aller Öffentlichkeit in den Supermärkten aussetzt“. Sie forderte, das Projekt zurückziehen und gemeinsam mit Betroffeneninitiativen und Wohlfahrtsverbänden Alternativen auszuarbeiten.

All das ficht unser Jobcenter nicht an.

Die BA und die Jobcenter sehen viele Vorteile. So müsse ein/e Hartz IV-Bezieher/in ohne Bankkonto nicht mehr den weiten Weg zum Jobcenter antreten und könne so Fahrtkosten und Zeit sparen. Aus der Antwort des Jobcenters Wetterau geht jedoch hervor, dass alle Leistungsberechtigten ein Konto haben. Auch ist dort zu lesen, dass die Auszahlung eine persönliche Vorsprache beim Jobcenter erfordert. Es bleibt also nur das Argument, dass mit der Abschaffung der Kassenautomaten in den Jobcentern Geld gespart werden kann.

Stand der Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes in der Wetterau

Das Bundesteilhabegesetz soll die gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Behinderung sichern. Das neue Gesetz fordert eine neue Aufteilung der Fälle zwischen Landeswohlfahrtsverband (LWV) und den Landkreisen und kreisfreien Städten – je nach Lebensabschnitt. Jugendliche und Senioren werden vom Kreis betreut. Erwachsene vom LWV.

Zum Stand der Umsetzung des BTHG im Wetteraukreis erhielten wir diese Antworten auf unsere Anfrage:

<https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/anfragen/982-umsetzung-des-bundesteilhabegesetzes-bthg-im-wetteraukreis.html>

Es ist also noch bis nächstes Jahr Zeit, die gesetzlichen Anforderungen zu erfüllen. Wir bleiben dran. Denn dieses Konzept enthält einiges, das auf Einsparungen und Verschlechterungen schließen lässt.

Antrag Kreisausschuss: Aufstockung der Gesellschafterumlage beim Regionalpark Rhein-Main

Weil die Fraport aus der Mitfinanzierung des Regionalparks ausgestiegen ist, sollen jetzt alle beteiligten Kommunen mehr zahlen. Wie kommt die Fraport eigentlich dazu, die Zuschüsse zu streichen? Geht es ihr so schlecht?

Das haben wir zu diesem Antrag gesagt:

Herr Kreistagsvorsitzender, meine Damen und Herren,
DIE LINKE. / Piraten werden diesem Antrag die Zustimmung verweigern. Nicht, dass wir grundsätzlich gegen die Projekte des Regionalparks wären. Eine Öffentlichkeitsarbeit für unsere Region kann sicher sinnvoll sein und die regionale Wirtschaft stärken. Auch sind Freizeitangebote für eine Metropolregion sicher nicht unwichtig.
Aber wir stellen jetzt mal die Frage: Gehört die Fraport nicht zur Region?
Warum wird einfach hingenommen, dass sich ein so großes profitables Unternehmen aus der Finanzierung verabschiedet?
Die Fraport fuhr von Juli bis September 2018 einen Gewinn von 419 Millionen Euro ein und das Nettoergebnis erhöhte sich um 15 Prozent auf 237 Millionen Euro.
Die Menschen in der Region Rhein-Main leiden zunehmend unter Fluglärm und Umweltbelastungen und Fraport macht Profit ohne was zum Regionalpark beizusteuern?
Und das nehmen sie unwidersprochen hin?

In der Debatte wurde uns vorgehalten, die Fraport führe 30% der Gewinne an das Land Hessen ab. Das sei schon genug. Das finden wir nicht. Der Zuschuss betrug 800 000 Euro. Das sind für ein so schweres Unternehmen peanuts.
Wir haben diesen Antrag abgelehnt – gemeinsam mit den Grünen.

Antrag FDP und Änderungsantrag SPD/CDU: Masterplan Mobilitätsgarantie

Lustig, dieser FDP-Antrag! Sie beantragen einen „Masterplan Mobilitätsgarantie“!
Drunter machen sie es nicht.

Sie stellen fest, dass es verschiedene Verkehrswege gibt. Im Punkt 2 des Antrags führen sie diese auf: „Autostraßen, Fahrradwege, Schienenwege (...) Seilbahnen und möglicherweise sogar Wasserwege“.

Wir freuen uns schon darauf, auf der Nidda nach Frankfurt zu paddeln!

Ein Änderungsantrag der Koalition brachte das Vorhaben wieder mehr auf den Teppich und es wurde beschlossen, mit dem Regionalverband Rhein-Main zusammenzuarbeiten.

Das war unsere Rede dazu:

Herr Kreistagsvorsitzender, meine Damen und Herren,
ein Plan, wie die Mobilität im Wetteraukreis ausgebaut werden könnte, fänden auch wir gut. Dieser Plan muss regional eingebettet sein aber er müsste auch auf einer Zeitleiste benennen, was wann ausgebaut wird: Radnetz, Busnetz, Regionalbahnen.
Ob da jetzt eine Seilbahn durch die Wetterau dazu gehört oder Schiffsverkehr auf unseren Wasserwegen, das wagen wir zu bezweifeln!
Aber ein Plan wäre gut.
Nur: die FDP will keinen Plan mit konkreten umsetzbaren Vorhaben, sondern einen „Masterplan Mobilitätsgarantie“. Drunter macht sie es nicht.
Für wen soll die Garantie gelten? Für die Autofahrer? Immerhin wurde die B3 ausgebaut und für den Straßenbau Geld aus der Hessenkasse vorgesehen.

Aber der öffentliche Nahverkehr wird derzeit eher ausgedünnt und das Radwegenetz ist ziemlich konzeptionslos. Und in diesem Stadium soll es um Garantie gehen?
Weniger ist mehr, meine Damen und Herren. Uns reicht ein Ausbau-Plan mit konkreten Zeitvorstellungen. Den kann man dann auch in den Regionalverband einbringen.

Antrag der Grünen:Friday for Future

Wir haben den Antrag der Grünen unterstützt. Sie forderten: Der Kreistag soll das Engagement der Schülerinnen und Schüler begrüßen und Vertreter/innen der Schülerschaft zu einem Austausch in der Ausschuss für Regionalentwicklung, Umwelt und Energie RUE eingeladen.

Diese Debatte war ein Lehrstück der Ignoranz gegenüber den jungen Leuten!

Forsch und anmaßend die rechte Flanke: Die AfD forderte die Schüler/innen auf, erst mal bei sich selbst anzufangen: kein Handy, keine Unterhaltungselektronik, keine der Bequemlichkeiten, die die heutige Welt bietet. Dann könnten sie kommen. Man müsse nicht mit ihnen reden. Sie sollten zur Schule gehen. Oder wenigstens in ihrer Freizeit demonstrieren. Der AfD-ler sprach vom „so genannten Klimawandel“, der nirgends wissenschaftlich bewiesen sei. Klimaveränderungen seien natürlich und nicht wesentlich beeinflusst vom Menschen. Die Sonne sei der maßgebliche Faktor der Veränderungen. Ähnlich äußerte sich die NPD. Sie wollten noch, dass der Kreistag den Schüler/innen stattdessen die vorhandenen politischen Jugendorganisationen empfiehlt
Aber auch SPD, CDU, FDP wollten nicht mit den Schülervertreter/inne/n reden. Auf keinen Fall in einem Ausschuss! Da könnte ja jeder kommen, der irgendwo demonstriert!
So wurde ein Änderungsantrag der Koalition aus SPD/CDU abgestimmt, der lediglich Verständnis für die Klimaproteste ausdrückte.

Das war unsere Rede – Hier hätte es sich gelohnt, mehr zu sagen aber die strikte Redezeitbegrenzung von einer Minute lässt das nicht zu:

„Herr Kreistagsvorsitzender, meine Damen und Herren!

DIE LINKE. / Piraten werden diesem Antrag zustimmen.

Dass sich Kinder und Jugendliche für die Zukunft einsetzen, ist sehr zu begrüßen und wir sollten ihnen gut zuhören.

Eine Einladung in den Ausschuss RUE wäre das Mindeste!

Die Ungeduld der Schüler/innen Ungeduld ist auch mehr als verständlich:

Es waren doch genau die Profis in Politik und Wirtschaft, die unsere Erde in diesen katastrophalen Zustand versetzt haben. Und es sind eben diese Profis, die nur reden und den großen Klimakillern nicht zu Leibe rücken.

Konstantin Wecker nannte diese Art Profis „Eine kriminelle Vereinigung von unbelehrbaren oder korrupten Politikern, bestechlichen Wissenschaftlern, geldgeilen Lobbyisten – aber: Profis allesamt.“

Vielleicht brauchen wir jetzt den Rat von Amateuren.

Denken sie daran, meine Damen und Herren: Auch die Titanic wurde von Profis gebaut. Die Arche aber bauten Amateure.

Antrag der AfD: Freiwilliges soziales Schuljahr

Nach dem Vorbild des Werra-Meißner-Kreises forderte die AfD ein freiwilliges soziales Schuljahr. Während bei Friday for Future das Engagement der Schüler/innen verdammt wurde, wurde es hier eingefordert. Den jungen Leute fehle es an sozialen Kontakten und Kompetenzen. Das könnte mit einem freiwilligen Schuljahr behoben werden.

Dieser Antrag wurde abgelehnt.

Antrag der NPD: Verlinkung der Partei-Netzseiten mit der Seite des Wetteraukreises

Es sei demokratisch, dass alle Parteien mit der Kreisseite verlinkt sind. Wir haben die Gegenrede dazu

Herr Kreistagsvorsitzender, meine Damen und Herren,

„Damals wie heute: wir setzen uns durch!“ wird auf der homepage der NPD-Wetterau getitelt. Oder: In einem Artikel „Wir schaffen Schutzzonen“ wird berichtet, wie das staatliche Gewaltmonopoli aufgeweicht werden soll.

Oder: Der deutsche Faschismus war kein Verbrechen. Nein! Alles halb so schlimm! „Unsere Großväter waren keine Verbrecher!“ schreibt die NPD.

Was sind schon mehr als 50 Millionen Tote im Weltkrieg?

Mit Artikeln, die solche Überschriften tragen, wird die faschistische Weltansicht schön gefärbt. Positiv scheint, dass diese Hetze nicht die gewünschte Verbreitung findet. Deshalb wünscht sich die Wetterauer NPD eine Vernetzung ihrer homepage auf besser besuchten Portalen. Da können wir leider nicht weiterhelfen, meine Damen und Herren!



Zuletzt noch eine Bitte: Empfehlen Sie / empfiehlt die „aktuelle Post“ weiter! Wenn interessierte Menschen die „aktuelle Post“ lesen möchten, kann sie unter info@die-linke-wetterau.de bestellt (oder auch abbestellt) werden. Auf der homepage „DIE LINKE Wetterau“ <https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/post-aus-dem-kreistag.html> ist die „aktuelle Post“ ebenfalls zu finden.

Viele Grüße von Peter Zeichner, Anja ElFechtali und Gabi Faulhaber